



Fraktionen im Rat der Stadt Salzkotten

Resolution des Rates der Stadt Salzkotten

Ausbau der Windenergie im Konsens mit den Bürgern!

Der Rat der Stadt Salzkotten bekennt sich zur Energiewende und unterstützt den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Ein wesentlicher Baustein der Energiewende ist der Ausbau der Windenergie, auch in unserem Stadtgebiet.

Die Energiewende kann aber nur dann gelingen, wenn sie im Konsens mit den Bürgern in angemessener Abwägung mit den berechtigten Interessen der Anlieger und Ortschaften sowie des Natur- und Landschaftsschutzes geschieht.

Dies ist nach der aktuellen Rechtslage beim Ausbau der Windenergie nahezu unmöglich; Rechtsstreitigkeiten werden in großem Umfang provoziert.

Seit dem Jahre 1996 ist die gesetzliche Grundlage für die Darstellung von Konzentrationszonen für Windenergie im Flächennutzungsplan (§ 35 Abs. 1 Nr. 5, Abs. 3 S. 1 Nr. 1 BauGB) unverändert. Die seitdem enorme technische Entwicklung in Bezug auf Leistung und Höhe der Windenergieanlagen erfordert nun Veränderungen dieser rechtlichen Grundlage.

Die Städte und Gemeinden sind nach dem BauGB grundsätzlich Träger der Planungshoheit. Diese wird jedoch gerade im Bereich der Windenergie durch die sehr umfangreiche Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts und des Oberverwaltungsgerichts Nordrhein-Westfalen immer weiter eingegrenzt. Diese Rechtsprechung lässt klare Kriterien für die Darstellung von Konzentrationszonen für Windenergie im Flächennutzungsplan vermissen. Insbesondere hat die Rechtsprechung den unbestimmten Rechtsbegriff des „Gebens von substantiellem Raum für die Windenergie“ selbst geschaffen und misst daran in jeder ihrer Entscheidungen die Beschlüsse der Räte zu den entsprechenden Flächennutzungsplänen. Das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Nordrhein-Westfalen v. 01.07.2013 gegen die Stadt Büren hat die Anforderungen an die Städte und Gemeinden, **rechtssicher** Konzentrationszonen für die Windenergie darzustellen, noch einmal spürbar verschärft. Das Risiko, dass dem Rat bei dem Beschluss über den Flächennutzungsplan Abwägungsfehler unterlaufen, ist erheblich größer

geworden. Hierbei geht es vor allem, aber nicht nur, um die Abstände zu Siedlungsbereichen und dem mindestens auszuweisenden Umfang der Darstellung der Konzentrationszonen für Windenergie sowie die für die Kommunen schwierige und damit oft fehlerbehaftete Unterscheidung in weiche oder harte Tabuzonen.

Das muss sich ändern!

Nur wenn die Städte und Gemeinden wieder die Planungshoheit für die Windenergie zurückerhalten, kann der Ausbau der Windenergie im Konsens mit den Bürgern der Städte und Gemeinden geschehen. Hierzu muss der Gesetzgeber das BauGB ändern und erforderliche Präzisierungen vornehmen, um als Rat wieder **rechtssicher** Flächennutzungspläne für die Windenergie beschließen zu können.

Um diesem Ziel näher zu kommen, beschließt der Rat der Stadt Salzkotten:

1. Der Rat der Stadt Salzkotten fordert den Bürgermeister auf, sich sowohl auf den Ebenen der Landes- und Bundespolitik als auch der kommunalen Spitzenverbände für eine geeignete Novellierung des BauGB einzusetzen.
2. Der Rat der Stadt Salzkotten fordert den Bürgermeister auf, regional und überregional Kontakte mit weiteren Städten und Gemeinden aufzunehmen, die ähnliche Probleme wie die Stadt Salzkotten mit dem Ausbau der Windenergie haben, und so zu versuchen, eine Art „Netzwerk für den Ausbau der Windenergie im Bürgerkonsens“ betroffener Städte und Gemeinden zu schaffen, um gemeinsam den Druck auf den Gesetzgeber zu erhöhen.
3. Der Rat der Stadt Salzkotten fordert den Bürgermeister auf, über seine Bemühungen regelmäßig sowohl im Rat bzw. Bau- und Planungsausschuss als auch in der Öffentlichkeit zu berichten.
4. Der Rat der Stadt Salzkotten fordert seine Mitglieder auf, in ihren Parteien und kommunalpolitischen Verbänden für die unter Nrn. 1.-3. formulierten Ziele einzutreten und ihrerseits Abgeordnete im Bundestag und im Landtag auf diese Anliegen anzusprechen und die Notwendigkeit der Novellierung des BauGB darzustellen.



(Michael Fechtler)
- CDU-Fraktion -



(Meinolf Glahe)
- SPD-Fraktion -



(Christoph Sonntag)
- FDP-Fraktion -



(Anne Birkelbach)
- B'90/Grüne-Fraktion -



(Werner Osterholz)
- FBI-Fraktion -